

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/5, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstellen, Algenrothstraße 11, Rathhausstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6 Pf. 60 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Druckort: Breslau 2

Journalsprach-Anstalt: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 2141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienangelegenheiten, Stellenangebote, Verleumdungen- und Bohmans-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das erste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Hinter verschlossenen Türen.

Morde der „Schwarzen Reichsmehr“ im Reichsinteresse? Zwei Hauptanftifter bereits freigelassen!

Im Berliner Feme-Mordprozess ist tatsächlich gestern die Öffentlichkeit mit Einschluß der Presse durch Gerichtsbeschluss ausgeschlossen worden. Unklar wird bestritten, daß die auch von uns gestern wiedergegebenen Behauptungen eines Berliner Montagblattes über entsprechende Einwirkung des Grafen Westarp auf Staatssekretär Kempner und durch diesen auf die zuständigen Justizbehörden richtig seien. Das Interesse Geylers und mit ihm auch des Reichskanzlers und des Außenministers an der Geheimhaltung dieser Verhandlung über die Taten der Schwarzen Reichsmehr ist bezeichnender Weise nicht bestritten worden.

Die Verteidiger der Feme-Mörder hatten die Rollen nicht ungeschickt verteilt, indem sie teilweise für, teilweise gegen die Aufrechterhaltung der Öffentlichkeit plädierten. Der Vertreter der Anklage wünschte die Öffentlichkeit. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß es auf Verlangen eines Verteidigers die Öffentlichkeit ausschließen mußte. Begründung: Im Interesse der Staatssicherheit sei das Angeklagte von Material, das der Verteidiger vorbringen wolle, notwendig!

Schlimmer kann die deutsche Justiz das angeblich gefährdete Deutsche Reich nicht bloßstellen, als daß es die Belichtung von Mörderorganisationen zugleich mit der wahrscheinlichen Belichtung von Staatsgeheimnissen gleichsetzt. Das ist bereits ein Eingeständnis der schweren Mitschuld offizieller Reichsmehrstellen an der Großzüchtung der Mordbanden, wie sie ja inzwischen im Reichstag wiederholt mit reichlichem Material behauptet wurde.

Andererseits bedeutet diese Ausschließung der Öffentlichkeit offenbar den Versuch, den Mördern der schwarzen Reichsmehr höhere patriotische Motive zuzubilligen, die für die „Sicherheit des Reiches“ bedeutend sein können. Nachdem also der preussischen politischen Polizei, die von einem republikanischen Minister geleitet wird, die teilweise Aufdeckung und Feststellung der blutigen Untaten gelang, wird jetzt im Interesse von Reichsmehrstellen der Sumpf der illegalen Geklerarmee nach Kräften wieder zugegossen. Für das, was jetzt hinter verschlossenen Türen geschieht, werden die Massen der deutschen Republikaner und wird mit ihnen das Ausland nur tiefes Mißtrauen übrig behalten können. Es bleibt allein die Hoffnung übrig, daß die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse die schrecklichen Vorgänge in den geheimen Mordbanden noch nach ihrer Verdunkelung durch die Justiz gründlich durchleuchten!

Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Berlin stattfindenden Verhandlungen gegen die Mörder des früheren Reichsmehrsoldaten Panier dauerten am Montag bis gegen 7 Uhr abends. Vorläufig ist dem Antrag der Verteidiger entsprochen, indem die Angeklagten Freiherr von Senden und Hauptmann a. D. Guitknecht sofort aus der Haft entlassen wurden. Freiherr von Senden und Hauptmann a. D. Guitknecht waren von der Anklage beschuldigt worden, daß sie gemeinsam mit dem Leutnant a. D. Wenn die Angeklagten Schürmann, Stein und Winklerkampff zu dem von ihnen begangenen gemeinschaftlichen Mord durch Mißbrauch des Ansehens als Vorgesetzte vorzüglich beteiligt hätten. Die beiden genannten Angeklagten hatten in der Voruntersuchung angegeben, daß sie von der beschuldigten Ermordung des Schützen Panier nichts gewußt hätten, doch vertrat der Anklagenerstreiter den Standpunkt, daß bei der engen Gemeinschaft, die einerseits zwischen Wenn, Senden und Guitknecht bestand und daß bei dem damals nahen Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaft dem verantwortlichen Vorgesetzten die beabsichtigte Straftat unbedingt hätte bekannt sein müssen. Das Gericht scheint sich im Verlauf der Verhandlungen von der Unschuld der beiden der Mandantierung Beschuldigten überzeugen lassen zu wollen. Und ein derartiger Beschluss gegen die der Anklage Verdächtigten erfolgt ohne Kontrolle der Öffentlichkeit!

Der vom Preussischen Landtag eingesetzte parlamentarische Ausschuss zur Untersuchung der Beziehungen der Arbeiterverbände und der deutschen nationalen Landtagsabgeordneten zu den Feme-Mördern wird am Freitag seine Arbeiten aufnehmen. Als Vorsitzender des Aus-

schusses dürfte voraussichtlich der Zentrumsabgeordnete Gobel gewählt werden. Der Arbeitgeberbundnis von Jengen und der christliche Gewerkschaftssekretär Meier sind inzwischen auf Grund des Materials über ihre Beziehungen zu den Feme-Mördern kaltgestellt worden.

Die sozialistische Einheitsfront in Sachsen.

Dresden, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund der Vereinbarungen, die auf dem sächsischen Landesparteitag mit dem Parteivorstand zustande gekommen sind, sollen im sächsischen Landtag folgende Anträge gestellt werden:

1. Zur Beschaffung von Mitteln für Notstandsarbeiten und zur Unterstützung für die durch die Wirtschaftskrise in Not geratenen werden die jetzt geltenden Sätze der Grund- und Gewerbesteuer bis zur Freiregelung der Steuerbefreiung um 30 % erhöht. Die Erträge dieser Steuererhöhungen fließen der Staatskasse zu. Von der Erhöhung werden Gewerbetreibende und Grundbesitzer ausgenommen, die nachweisen, daß sie im Steuerjahr 1925 weniger als 3000 Mark Einkommen hatten.

2. Zur sofortigen Inangriffnahme des Wohnungsbauens sind zunächst 30 Millionen verfügbar zu machen für die Gemeinden und Körperschaften, die den Wohnungsbau auf gemeinnütziger Grundlage betreiben. Die Verteilung und Kontrolle über die Verwendung der Mittel erfolgt durch das Landeswohnungsamt.

3. Die Regierung wird ersucht, dahin zu wirken, daß in den sächsischen Werken, staatlichen Betrieben und Behördenstellen der Achtstundentag als Normalarbeitstag wieder eingeführt wird, und bei der Reichsregierung unverzüglich und energisch dahin vorstellig zu werden, daß durch Reichsbeschluss der Achtstundentag als Normalarbeitstag festgelegt und daß das Washingtoner Abkommen ratifiziert wird.

4. Zur Bänderung der Not der Erwerbslosen sind den Gemeinden zehn Millionen Mark für Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung der Mittel an die Gemeinden erfolgt nach der Erwerbslosenzahl vom 15. Januar. Zur Unterstützung der durch die allgemeine Wirtschaftskrise in Not geratenen ist gleichfalls die Summe von zehn Millionen zur Verfügung zu stellen.

Der Sinn dieser Beschlüsse unserer sächsischen Genossen ist offenbar der, daß im Fall der Ablehnung dieser Anträge die sozialdemokratische Landtagsfraktion und deren parteieigentliche Teil der sächsischen Minister Auflösung des Landtages erzwingen sollen. Wie in sächsischen Parteiblättern angedeutet wird, ist dafür auch bereits ein näher Termin festgelegt worden.

Das Erstreckte an diesem Vorstoß ist die Einheitsfront, mit der rechter und linker Flügel unserer sächsischen Parteiorganisation ihn unterstützt. Ein langer und schmerzlicher Parteikonflikt ist damit praktisch beendet und die grundsätzliche Lösung der sächsischen Gegensätze durch den Heideberger Parteitag findet ihre Verwirklichung. Die umstrittene Frage nach der Zweckmäßigkeit der Auflösung dieses Landtages wird von der bürgerlichen Mehrheit des Sachsenparlaments selbst beantwortet werden. Verhört sie den sächlichen Forderungen der Sozialdemokratie zur Annahme, so bleibt ihr die Auflösung vor dem auch nicht mehr sehr fernen verfassungsmäßigen Neuwahltermin erspart. Gerlach sie sachlich, so haben unsere sächsischen Genossen jetzt bessere Wahlparole als seit langer Zeit. Wenn sie, wie wir ihnen herzlich wünschen, in der endlich wieder hergestellten Einheitsfront in ihrem Lande endlich wieder einen Erfolg für die arbeitenden Klassen erringen, so wird das auch auf die gesamte deutsche Politik recht bedeutend und nützlich zurückwirken müssen!

Spaltung im Jungdeutschen Orden. Das Berliner Tageblatt meldet aus Cassel: Die Politik des Ordensschweigers des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, hat in Niedersachsen zu einer Spaltung geführt. 31 aus dem Orden ausgestretete Brüderschaften haben sich in Cassel zu einem „Jungdeutschen Treubund“ zusammengeschlossen. Mahraun hat daraufhin auf die Verhängung der deutschen, und französischer Nationalbehörden ein-

Hellmuth v. Gerlach.

Zu seinem 60. Geburtstag am 2. Februar. Von Dr. Hans Wehberg, Berlin.

Wir bringen die folgende Würdigung des bekannten Republikaners und Friedensfreundes aus der Feder eines seiner Mitarbeiter um so lieber, als wir sachlich in entscheidenden tatsächlichen Fragen der letzten Zeit im Gegensatz zu Gerlachs Ansichten und Ratschlägen standen. Die in eigener Lebenserfahrung erlangte republikanische, soziale und pazifistische Gesinnung des auch in Arbeiterkreisen viel geliebten Berliner Politikers blieb uns in diesen Gegenjahren aber über jeden Zweifel erhaben. Gerade in seiner sächsischen Heimat, deren Intereessen ihn übrigens auch zu einem verdienten und entgegen gewillten Märtyrer auch sehr überlegenen Vorkämpfer deutscher politischer Verkündigung gemacht haben, wird Hellmuth v. Gerlach auf die Hochachtung und Verehrung vieler Volkstreue zählen dürfen. Es werden freilich nicht diejenigen sein, aus denen er stammt und die ihm seine Gesinnung mit feierlichen Ausrufungen ganzer Familientage zu vergelten pflegen. Red.

Man muß schon genau über das Geburtsdatum Hellmuth v. Gerlachs unterrichtet sein, sonst würde man es nicht glauben, daß er heute 60. Lebensjahr vollendet. Ihm, der mit solchem Schwunge zu den Problemen der Gegenwart Stellung nimmt, und dessen innerste Natur auf Kampf eingestellt ist, traut man nur zögernd die sechzig Lebensjahre zu, die nun in der Tat schon hinter ihm liegen.

Manche Wandlungen hat Gerlach in dieser Zeit durchgemacht. Als Junker stand er zuerst auf Seiten der Konservativen, war Antisemit und verhielt sich der Friedensbewegung gegenüber durchaus ablehnend. Aber im Laufe seines Lebens hat er aus seinen reichen Erfahrungen gelernt. Von Stöcker ging er zu Naumann über; er wurde Demokrat (wenn auch nicht im parteipolitischen Sinne) und, was leider nicht immer dasselbe ist, er wurde mit Leib und Seele Pazifist. Weil ihm die Wahrheit immer am höchsten stand und weil er eine durchaus ehrliche Natur ist, gab er Auffassungen, die er als irrtümlich erkannt hat, stets rechtzeitig und mutig wieder auf.

Der Wahrheitsdrang verband sich in Gerlach mit starkem politischem Instinkt. Wir haben in Deutschland wenige Menschen, die so ihrem innersten Wesen nach Politiker aus Leidenschaft sind, wie Gerlach. Politik ist sein Element, in dem er sich allein wohlfühlt. Leider hat er das Unglück, neben seiner politischen Begabung über eine Eigenschaft zu verfügen, die in dieser Verbindung äußerst selten ist, über einen stark ausgeprägten Charakter. Gerlach ist zwar ein Mann der Kompromisse, aber alle Kompromißerei hat für ihn ihre Grenzen.

Die Gegner v. Gerlachs haben ihn gelegentlich öffentlich und privat als einen Menschen hingestellt, mit dem man in praktisch-politischer Hinsicht nicht zusammenarbeiten könnte, weil er ein Eigenbrötler sei. Ich kann nur sagen, daß ich in sieben Jahren pazifistischer Zusammenarbeit Gerlach als einen Mann von starkem Willen zur gemeinsamen Arbeit und von klarer Erkenntnis des Erreichbaren kennengelernt habe, der dabei nie seine Überzeugung verleugnete. Es ist unendlich schade, daß es das republikanische Deutschland nicht verstanden hat, sich die Dienste dieses wahren Republikaners zu sichern.

Die Annäherung Gerlachs an den Pazifismus hat erst 1908 begonnen. Nach der ersten Haager Friedenskonferenz von 1899 hat er noch in der „Welt am Montag“ einen Artikel „Die internationale Phrase“ veröffentlicht, worin er das Werk vom Haag als lächerlich bezeichnete. „Wir kommt diese Konferenz immer vor wie eines der rührsamsten Ritterstücke des Direktors Lumpe, der einst Berlin entzündete. Ein paar ganz naive Zuschauer, Frau v. Suttner, Herr v. Bloch und andere, wurden ehrlich gerührt.“ Alfred S. Fried schrieb damals in der „Friedensmarke“ einen Leitartikel: „Ein Wort an Herrn v. Gerlach“, in derselben Zeitschrift, deren Mitherausgeber heute v. Gerlach ist. Aber die schweren Fehler der wilhelminischen Politik machten den Leitartikel der „Welt am Montag“ allmählich lehnend. Schon vor dem Weltkrieg trat er für eine Herabsetzung der Heeres- und Marinebudgets um 10 Prozent ein und erklärte die Rüstungsverständigung mit England für die größte nationale Tat. Während des Krieges kämpfte er in vorderster Linie des Bundes „Neues Vaterland“, der allein in Deutschland für einen dauerhaften Frieden eintrat.

Seit dieser Zeit ist die Friedensidee in den Vordergrund seines politischen Interesses gerückt. An allen maßgebenden pazifistischen Vereinigungen hat er mitgewirkt und auf allen deutschen und internationalen Friedenskongressen seine Kluge, oftmals mahnende Stimme erhoben.

Nachdem sich die deutsche und ausländische Friedensbewegung seit dem Ende des Weltkrieges stark nach links entwickelt hat, steht v. Gerlach etwa auf der linken Seite des rechten Flügels. Von Ablehnung auch des Verteidigungskrieges, wie von Dienstverweigerung will er nichts wissen. Die radikale Gruppe war daher mit ihm oft unzufrieden, ohne freilich je die absolute Ehrlichkeit seiner Überzeugung in Zweifel zu stellen.

v. Gerlach vertritt die Ideen des sogenannten organisierten Pazifismus: „Friede durch Recht.“ Dieser Pazifist steht im Mittelpunkt seiner Arbeit. Er hat seit vielen

Jahren mit aller Kraft dafür gewirkt, daß Deutschland in den Völkerverbund einträte. Er beschwor eine internationale militärische Exekution gegen Friedensbrecher, um dadurch Einzelkriegen im Völkerverbund vorzubeugen. Ganz besonders stark hat sich Verlach für die deutsch-französische Verständigung eingesetzt.

Wir wünschen der deutschen Republik und der deutschen wie internationalen Friedensbewegung, daß ihnen die Mitarbeit Volkstümlichkeit v. Verlach noch lange erhalten bleiben möge.

Die Abrüstungskonferenz bis 15. Mai.

Genf, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Vertreter Frankreichs, Italiens, Japans, der Tschechoslowakei und Uruguays im Völkerverbund haben bei dem Völkerverbandssekretariat den Antrag gestellt, die auf den 15. Februar einberufene vorbereitende Abrüstungskonferenz „im allgemeinen Interesse“ zu verschieben. Der neue Zeitpunkt der Einberufung soll vom Völkerverbandsrat in seiner Märztagung bestimmt werden, und zwar nicht später als auf den 15. Mai.

Brüssel, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Puls“ erzählt zur Vertiefung der Abrüstungskonferenz aus guter Quelle, daß der Vorschlag hierzu bei der Zusammenkunft Chamberlains und Briand's geäußert wurde. Verlangt wurde die Vertagung von England. Auch der angegebene Grund, vorerst die Annäherung Deutschlands beim Völkerverbund abzuwarten, war nicht ausschlaggebend. Wahrscheinlich war, daß England und Frankreich sich über die Abgrenzung der Freizoneabstimmung noch nicht einigen konnten. Neben Gründe für die Verschiebung sind ferner, Amerika Zeit zur Vorbereitung und Rußland zur Regelung seines Streites mit der Schweiz zu lassen.

Kleine Auslandsnachrichten.

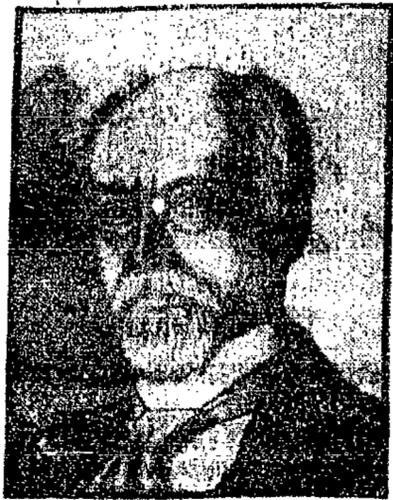
Abtritt des Berliner italienischen Botschafters. Wie man hört, wird der augenblicklich von Berlin abziehende italienische Botschafter Graf Bosdari nicht mehr in sein Amt zurückkehren. Als Nachfolger Bosdaris wird der Graf Bordonaro genannt, der selber italienischer Gesandter in Prag, Wien und Brüssel gewesen ist. Bordonaro ist wie sein Vorgänger eingeschriebenes Mitglied der faschistischen Partei. Es wird nicht behauptet, daß der Wechsel auf dem Berliner Botschafterposten mit der Erhebung der deutsch-italienischen Beziehungen zusammenhänge, wie sie sich aus der deutschen Empörung über die Behandlung unserer Volksgenossen in Süditalien auch für die bis dahin faschistenfreundliche deutsche Rechte ergeben mußte.

Die Veröffentlichung der Antilagerbriefe gegen die Budapest-Handelskammer. wird in politischen Kreisen als die Antwort der ungarischen Regierung auf das Verlangen Frankreichs nach Mitteilung an der Untersuchung angesehen. Im Absegen bemüht sich die Antilagerbriefe gegen die Budapest-Handelskammer, die zu den wirklichen Hintermännern der Franzosenführungen führen können, zu verweisen und auch den Ministerpräsidenten reinzuwaschen. Es wird zum Beispiel versucht, unter anderem nachzuweisen, daß Graf Bethlen erst zwei Tage vor seiner Abreise nach Paris von den Fälschungen erfahren hat und dann sofort den Polizeipräsidenten zur Einleitung einer Untersuchung veranlassen ließ.

Die Moskauer Indiskretionen wird ein untergeordneter Sowjetbeamter öffentlich erklärt. Antilich wird mitgeteilt: „In der jüngst gemeldeten Angelegenheit der Verletzung der für die deutsche Botschaft in Moskau bestimmten Antispas des Generalkonsulats in Tiflis hat die von der Sowjetregierung angeordnete Untersuchung ergeben, daß ein Agent der transkaukasischen außerordentlichen Kommission aus eigener Initiative und ohne Wissen seiner Vorgesetzten auf dem Bahnhof in Tiflis den von den deutschen Reisenden ausgehenden Koffer durchsuchte und das darin befindliche amtliche Paket geöffnet und beschlagnahmt hat. Die Sowjetregierung hat auf Grund des Untersuchungsergebnisses durch einen Vertreter des Außenministeriums dem deutschen Geschäftsträger ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und in einer Note von der Entziehung des schuldigen Agenten von seinem Posten Kenntnis gegeben, sowie seine Verhaftung in Aussicht gestellt. Der an dem Vorfall mitschuldige Eisenbahnamte ist in Haft genommen und wird zur Verantwortung gezogen. Die deutsche Regierung sieht damit sobald die in Aussicht gestellte Rückgabe der Antispas erfolgt ist, diesen Vorfall als erledigt an. Wegen Regelung des früheren mit der Verhaftung des Konsulargenanten in Zusammenhang stehenden Vorfalls sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.“

Die Volkszählung in Italien hat eine Bevölkerungsziffer von 42 Millionen ergeben. Gegen die letzte Volkszählung ist eine Bevölkerungszunahme von 3 Millionen zu verzeichnen.

Professor Ludwig Quidde,



Der als Pazifist bekannte Historiker und Politiker, ist von der interparlamentarischen Gruppe des schwedischen Reichstages für den Nobelfriedenspreis vorgeschlagen worden. Quidde, der der Demokratischen Partei angehört, ist 1858 in Bremen geboren, war seit 1907 Mitglied des bayerischen Abgeordnetenhauses, 1919 der Nationalversammlung. Sein unermüdliches Eintreten für die Friedensbewegung hat ihm seit langem den glühendsten Haß der Reichsparteien und -blinde zugezogen, und von seiner eigenen Partei wiederholt (besonders im Kriege) viel Schwierigkeiten eingebracht. Professor Quidde ist auch Leiter der Deutschen Friedensgesellschaft.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet gestern den Etat des Auswärtigen Amtes. Aus den Berichten, die von den Abgeordneten Dr. Hoegh (Dnat.) und Dr. Dernburg (Dem.) erstattet wurden, ging hervor, daß das Auswärtige Amt seinen Etat nach dem allgemein geübten Grundsatze umstellt, daß die Auslandsstellen vermehrt und dafür an der Zentrale abgebaut werden.

In der Aussprache wurden vor allem zwei Punkte kritisiert: die Kulturpropaganda, auf die besonders der Redner des Zentrums, Dr. Schreiber, mehr Gewicht gelegt sehen will, und die Personalpolitik. Abg. Dr. Breilich (Soz.) verurteilte die Besetzung gewisser von Alters her privilegiierter Stellen. Staatssekretär a. S. Schuberth suchte durch Zahlenmaterial die Behauptung zu widerlegen, daß die Personalpolitik jene Anwärtergruppen bevorzugt. Seine Mitteilungen wurden jedoch vom Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) als unbefriedigend bezeichnet.

Allgemeiner Beifall fand die Feststellung, daß der im vorigen Jahr für Propaganda veranschlagte Betrag von 15 Millionen nunmehr auf 2 Millionen zurückgegangen ist. Die Propaganda gegenüber Dänemark, Schweden und Holland sind abgelehnt. Mit Schweden und Dänemark wird über Befreiung der Billa verhandelt. Mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei werden Verhandlungen zum Zwecke der Ermöglichung der Bismarckdenkmäler.

Die Betragensnote im Schulabgangszeugnis.

In einer Reihe von Einzelfällen ist in den letzten Jahren die Beobachtung gemacht worden, daß eine schlechte Betragensnote und ihre Begründung im Abgangszeugnis für den abgehenden Schüler bald oder später im Leben Folgen hat, die nicht in dem richtigen Verhältnis zu den Verfehlungen stehen. Die Zweckbestimmung des Abgangszeugnisses darf jedoch bei all seiner Bedeutung nicht dazu führen, jungen Menschen im Leben das Fortkommen immer wieder zu erschweren oder es wesentlich zu beeinträchtigen wegen einer Jugendverfehlung, die mit dem Abgang von der Schule vergessen zu werden verdient.

Die der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit, bestimmt daher der Unterrichtsminister bis zu der in Aussicht genommenen Neugestaltung der Bestimmungen über Schulzucht und Schulzeugnisse in einem Erlass an die Provinzial-Schulkollegien (U. H. 1660 - 25), daß unter Abänderung der derzeit geltenden Vorschriften der Dienstverweisungen künftig auf Abgangszeugnissen, auf denen wegen tadelnswerten Verhaltens in der Schule oder, soweit es überhaupt zulässig oder geboten ist, wegen Verfehlungen außerhalb der Schule das Prädikat im Betragen ein schlechteres als „im ganzen gut“ sein muß, die Begründung hierfür und der Grund des Abgangs nicht mehr anzugeben sind. Es wird sich, wie in dem Erlass weiter ausgeführt wird, empfehlen, daß der Leiter einer anderen höheren Schule, bei der die Aufnahme unter Vorlegung

eines verlässigen Abgangszeugnisses nachgeprüft wird, sich durch Rückfrage bei der Schule, die das Abgangszeugnis ausgestellt hat, über die Gründe der schlechten Betragensnote unterrichtet, damit er in der Lage sei, den Schüler richtig zu beurteilen und zu behandeln oder in seltenen Fällen seine Aufnahme abzulehnen.

Soweit der Leiter der Schule, der das Abgangszeugnis ausgestellt hat, Privatpersonen, die ihre Frage als berechtigt nachweisen, über die Grundlage der schlechten Betragensnote Auskunft erteilt, wird es seinem Takt überlassen, zwischen dem Interesse des Auskunftsbedürftigen an zuverlässigen Unterlagen über die Persönlichkeit des Schülers und dem Interesse des Schülers an seinem Fortkommen einen angemessenen Ausgleich zu finden.

Die Reform des Strafvollzuges im Landtag.

Der Preussische Landtag nahm gestern ohne Aussprache die Ausführungsvorschriften über die Fürsorgepflicht an und ging dann über zur Besprechung zahlreicher Anträge für die Reform des Strafvollzuges. Der Rechtsausschuß hat ein ausführliches Reformprogramm vorgelegt, und ersucht das Staatsministerium, es möglichst beschleunigt durchzuführen. In dem Programm verlangt der Ausschuss u. a., daß das Anstalts- und Aufsichtspersonal der Strafanstalten eine der Eigenart des Berufs entsprechende Ausbildung erhalten und soweit verneht werden, daß eine wirtschaftliche Ausnutzung der vollen Arbeitskraft der Gefangenen möglich ist. Die Kontrolle über alle angestellten Ärzte, Geistliche und Lehrer soll durch je einen bei der Strafvollzugsabteilung im Justizministerium angestellten fachmännischen Referenten ausgeübt werden. In größeren Anstalten mit einer Durchschnittsbelegung von fünfhundert und mehr Gefangenen soll ein Arzt hauptamtlich angestellt werden, dessen gutachtliche Tätigkeit nur in bestimmten Grenzen ausgeübt werden darf. Auf je 300 Gefangene desselben Bekenntnisses ist ein Geistlicher hauptamtlich zu ernennen. Weitere Reformvorschlüge betreffen die Unterbringung, Nahrung und Kleidung, Beschäftigung, Bibliothek, Verpflegung, Besuchszeit, Briefverkehr und Patenschaft der Gefangenen sowie der Gefangenenfürsorge auch nach der Entlassung usw. Das Justizministerium soll alljährlich dem Landtag einen Bericht über die preussischen Strafanstalten vorlegen.

Abg. Gehrmann (Soz.) erklärt sein Einverständnis mit den Reformvorschlügen, wenn auch bei weitem nicht alle Wünsche berücksichtigt worden seien. Die Fehler des Hofe-Prozesses müßten auf alle Fälle in Zukunft unumgänglich sein.

Abg. Dr. Deetzberg (Dnat.) stimmt im wesentlichen auch zu.

Abg. Schmitt-Düffeldorf (Ztr.) wünscht, daß schleunigst bei den sechs Landesgerichten, die ein Strafvollzugsamt nebenamtlich präsidieren, hauptamtlich Präsidenten angestellt werden, wie er überhaupt im Strafvollzug sozial wie möglich hauptamtliche Beamte wirken sehen möchte. Auf keinen Fall dürfe Strafverfolgung und Strafvollzug in einer Hand sein.

Dem Abg. Mangel-Halle (Komm.) ist das Reformprogramm nicht weitgehend genug; er zählt Beispiele für die unhumane Durchführung des Strafvollzuges auf.

Abg. Dr. Orzmet-Königsberg (Dem.) fordert stärkere Beachtung des Unterschiedes zwischen Untersuchungshaft und Strafe. Ferner sei erforderlich die Verkleinerung der Zahl und der Ausmaß großer, teils einwandfreier Anstalten, auf weitem landwirtschaftlichem Besitz.

Nach weiteren Bemerkungen verschiedener Abgeordneter wird das Programm des Rechtsausschusses für den Strafvollzug angenommen. Dabei findet noch ein Zusatzantrag Annahme, nach der in jedem Strafvollzugsamt eine Fürsorgerin für die weiblichen Gefangenen hauptamtlich angestellt wird. In einer Entschließung wird das Staatsministerium ersucht, bei der Reichsregierung nach Möglichkeit eine reichsgesetzliche Neuordnung des Strafvollzuges nach modernen und humanen Grundgedanken zu erwirken.

Dann verlegt sich das Haus auf Dienstag: 160-Millionen-Anleihe; Städteordnung.

In einem Bohumer Nordprophet Margies, der in gewissem Sinne eine Wiederholung des Leipziger Tischlergesetzes ist, wurde nach viereinhalbstündiger Beratung das Urteil gesprochen. Das Gericht verneinte die Frage nach Mord und verurteilte den Angeklagten Margies wegen Totschlages in einem Falle gegen den Polizeibeamten Czorn und wegen Totschlages in zwei Fällen gegen die Polizeibeamten Eichholz und Seig zu einer Zuchthausstrafe von 11 Jahren, 6 Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Gericht war der Überzeugung, daß die Tat des Angeklagten als reiner Kriminalfall anzusehen sei; von einer politischen Tat könne daher keine Rede sein.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Ein.

Roman von Lawrence H. Desberry.
Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Germania zur Kühlen.

„Kein Lebenszeichen. Vielleicht ist er schon längst tot.“ entgegnete der Farmer düster. „Ja, die Kinder verurlochen einem viele Sorgen.“
„Frank und Daisy sind dir doch eine rechte Hilfe.“ warf Mannister etwas verschüchelt ein; er konnte es nicht ertragen, einen Liebel gegen Daisy zu hören.
„Ja, sie sind fleißig und gut zu mir.“ stöhnte Jonathan bei. „Aber, wenn sie in zusammen fortziehen, weiß ich nie, ob sie es lebend wiedersehen werden.“
„Jonathan, was willst du damit sagen?“ rief Mannister heftig.
„Der alte Farmer wollte sich hinter dem Ort, warf ein mächtiges Scheit in den Herd und parzte in die stehenden Holzkammer.“
„Jonathan“ beharrte Mannister, „weshalb sprichst du nicht? Hast du kein Vertrauen zu mir?“
„Doch, doch, mein Junge. Siehst du, ich bin ein alter Mann, gebe mich mit der Kompartien-Regie zufrieden, mit anderen alten Leuten. Aber die Jungen, die wollen nicht mehr arbeiten, drängen vor.“ Er verzuckelte kühnlich.
„Sie haben recht“, sprach Mannister. „Wenn wir noch lange arbeiten, können wir mit Deinen Revolution machen.“
„Ich sage ja nichts gegen die Jungen“, verteidigte sich der Farmer, „aber warum können sie nicht freie Hand. Sie gehören der Kompartien-Regie an, agieren, werden für ihre Partei. Aber schließlich ist Daisy doch nur ein Mädchen, warum hat sie nicht in ein anderes Land... wie leicht könnte sie weggehen.“
„Was sollst du denn sagen?“
„Es ist nicht als einem Zusammenstoß mit der Kompartien-Regie und der Kompartien-Regie. Und gerade heute...“
„Ich erwarte einen Agitator aus der Stadt... es sollte in Höhe ein Zusammenstoß stattfinden.“
„Ich erwarte einen Agitator, wenn es nicht um Jonathan eilt hinaus und heute gleich darauf mit einem völlig verunsicherten, fast hunderten jungen Mann zurück.“
„Was geschah?“ fragte der Farmer und ließ dem jungen Mann, der er den Kopf nicht ablassen konnte.

„Stad Frankfurt und Daisy schon fort?“ leuchtete dieser und trieb sich das kriechende Haar aus der Stirn.
„Schon längst, sie fahren bereits am Nachmittag nach Olivo.“
„Wohin?“
„Roh immer nach Olivo ringend, berichtete Jimmy: „Die Minutenmänner aus Olivo wollen die Bekanntheit überfallen. Ich erhielt erst vor zwei Stunden die Nachricht. Jetzt sofort mit meinem Rad her. Ich rannte im Nebel gegen einen Baum, klappte. Merklichdigerweise blieb das Rad heil, ich aber weine mir den Fuß verrenkt zu haben. Jedenfalls kann ich unmöglich nach Olivo fahren. Und die Leute müssen doch gewartet werden.“
Er betrachtete mühsam den hart angeschwollenen Fuß, von dem Jonathan eben mit vieler Mühe den Stiefel zog und fluchte vor sich hin.
„Wenn Ihr Rad heil ist, kann ich ja nach Olivo fahren.“
„Bei Mannister an.“
Jimmy warf ihm einen misstrauischen Blick zu. „Sind Sie hier fremd hier, werden Sie den Weg nicht finden. Bei diesem Nebel sieht man die Hand vor den Augen nicht.“
„Während Jonathan noch den Rat von Mannisters Bekanntheit zu erlangen versuchte, hatte sich dieser bereits erhoben und war ins obere Stockwerk gelaufen, um seinen Regenmantel zu holen.“
„Haben Sie einen Revolver?“ fragte Jimmy nun bereits fremdlicher.
„Kein.“
„Kommen Sie den meinen. Und jetzt passen Sie auf. Sie fahren die Hauptstraße entlang, immer geradeaus bis zur Kapitänskaserne. Dort biegen Sie links ein, links, verstanden?“
„Mannister nickte.“
„Am Ende des Gäßchens werden Sie ein Haus sehen, auf dessen Wetterfahne ein goldener Hahn ist. Das ist unser Hauptquartier. Wiederholen Sie mir den Namen.“
„Mannister gebührt.“
„Und nun los!“ befahl Jimmy, „fahren Sie wie der Teufel!“
„Mannister hielt bereits die Türklammer in der Hand.“
„Mannister!“ brüllte Jimmy. „Halt! Sie wissen ja das Sonntagswort nicht. Wenn jemand Sie fragt, was zu Brot und Salz gehört, sagen Sie...“
„Aber Mannister hörte die Worte nicht mehr; er sah bereits auf dem Rad und konnte die keine Schritte hinunter, die die Farm von der Baustraße trennte.“
Es war eine feuchtbare Nacht. Der Sturm konnte sich dem Rad entgegen, der kalte Regen schien Mannister wie Pfeile.

habe ins Gesicht. Er sah tatsächlich nicht die Hand vor den Augen. Stieß gegen Steine, rannte in Heden hinein, klappte zweimal und wurde von einem Ast, der ihn ins Gesicht traf, blutig geschlagen. Mit zusammengebissenen Zähnen, leuchtend, mit wildschreiendem Schreien fuhr er dahin, verlor die schlechten Straßen, das Wetter und nach weit mehr die Minutenmänner.
„Endlich, als er bereits Erschöpfung zu fühlen begann, sah er die Lichter von Olivo aufleuchten. Nun erst fiel ihm ein, daß er völlig vergessen hatte, Jimmy zu fragen, wie er sich Einlass verschaffen sollte. Wie zum Teufel hatte die Frage gelautet, die ihm einfallen auf dem Bahnhof an ihn gerichtet hatte? Ja, jetzt war es es: „Was gehört zu Salz und Brot?“ Was gehört denn zu Salz und Brot? Mannisters Flüße traten und traten die Gedale, während sein Geist fleißig ertrotzt grübelte: was zum Teufel gehörte zu Salz und Brot? Sicherlich handelte es sich hier um ein Poltragswort. Die Räder dachten, der Regen plätscherte der Wind heulte, und das Regen, die Hühner und Heulen wurde zu einem Chor, der unentwegt in Mannisters Ohren langte: „Was gehört zu Salz und Brot? Was gehört zu Salz und Brot?“
Er kam an der Kapitänskaserne vorüber, bog in das Gäßchen ein, erreichte ein Haus, auf dessen Wetterfahne ein goldener Hahn bockte. Es lag dunkel und ob: da die Tür war verschlossen. Mannister pochte heftig. Nach einer Weile keckte ein junger Mann den Kopf aus einem oberen Fenster. „Was wollen Sie?“
„Ich muß Frank und Daisy sprechen.“ leuchtete Mannister.
„Kenne ich nicht“ entgegnete lakonisch der junge Mann.
„Hören Sie!“ brüllte Mannister durch den tosenden Sturm, „lassen Sie mich ein; ich muß Sie warnen, wurde hergeschickt!“
„Von wem?“ erkundigte sich der junge Mann kalt.
„Das ist doch Mannister ins Gesicht; der alte Farmer hatte den jungen Burschen nur bei seinem Vornamen angeredet. Wie sieht denn der gottverdamnte Kerl? Richtig!“
„Von Jimmy“ brüllte er zum Fenster hinauf.
„Es gibt viele Jimmys“, meinte achselzuckend der junge Mann und wolle das Fenster schließen.
„Warten Sie doch, Sie Wort!“ brüllte Mannister außer sich vor Wut.
Der junge Mann entzündete hastig eine Zigarettenlampe und leuchtete Mannister ins Gesicht; entsetzt machte dieses einen verzweiflungsvollen Eindruck, denn er beugte sich aus dem Fenster und rroete: „Können Sie mir vielleicht sagen, was zu Salz und Brot gehört?“
(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Der Tarifkonflikt im Bankgewerbe.

Was das Reichsarbeitsministerium beschäftigt.

Der Tarifkonflikt im Bankgewerbe tritt in ein akutes Stadium. Am heutigen Tage wurde den Vertretern des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten nichts mehr und nichts weniger eröffnet, als daß der Reichsarbeitsminister folgende unglückliche Maßnahmen plane:

Der Gehaltssteuerspruch, der mit einer lediglich 4 Prozent betragenden Erhöhung der Gehälter im Bankgewerbe volle sechs Monate unverändert lassen will, soll ordentlich erklärt werden. Dagegen soll die Arbeitszeitregelung, die eine Bezahlung der Nebenarbeit von der 50. Arbeitsstunde ab vorsieht, eine Ausdehnung der Nebenarbeit bis zu 54 Arbeitsstunden in der Woche erlaubt und lediglich letzteres als Ausnahmezustand charakterisiert, der nicht zur Regel werden darf, nicht verbindlich erklärt, weil diese Regelung als zu sehr im Interesse der Arbeitnehmer liegend, im Reichsarbeitsministerium empfunden wird. Dann will aber der Reichsarbeitsminister „im öffentlichen Interesse“ (!) ein neu s. Schiedsverfahren über die Arbeitsverhältnisse herbeiführen, das unter dem Vorhange eines Referenten des Reichsarbeitsministeriums geplant ist. Als Vorsitzender und „Unparteilicher“ für ein solches neues Schiedsverfahren, das sich naturgemäß nur um die Arbeitszeit im Bankgewerbe drehen würde, ist derjenige Deputierte in Aussicht genommen, der bisher vergeblich versucht, die Arbeitnehmer-Organisationen einem Vergleichsorschlag gefügig zu machen, der den durch den Schiedspruch errungenen Fortschritt wieder vollkommen illusorisch machen würde.

Wie die Aussichten dieses vom Reichsarbeitsministerium geplanten neuen Schiedsverfahrens sind, geht wohl mit genügender Deutlichkeit aus der streng vertraulichen Information hervor, in der dieser über die bisherigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium seine Mitglieder informiert. Ein Exemplar dieser Information befindet sich im Besitze des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten. Sie sagt an der entscheidenden Stelle wörtlich:

„In getrennten Verhandlungen bemühte sich der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, eine freiwillige Verständigung zwischen den Parteien zu erzielen. Er blieb insbesondere bemüht, eine den praktischen Bedürfnissen unserer Mitglieder besser gerecht werdende Arbeitszeitregelung zu schaffen. Diese Bemühungen scheiterten jedoch an der Haltung der Angehörigenverbände. Ob vom Arbeitsministerium aus noch weitere Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden, oder ob nunmehr die Entscheidung über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung gefällt werden wird, vermögen wir gegenwärtig nicht zu übersehen. Jedenfalls glauben wir, nach dem Gang der Verhandlungen annehmen zu dürfen, daß die von unseren Herren Unterhändlern gemachten Darlegungen über die Auswirkung der im Schiedspruch vorgeschriebenen neuen Arbeitszeitregelung auf den Vertreter des Reichsarbeitsministeriums nicht ohne Eindruck geblieben sind.“

Dieser also beeindruckte Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ist der vom Reichsarbeitsminister in Aussicht genommene „Unparteiliche“ für das neue Schiedsverfahren im Bankgewerbe!

Wenn das Schiedsverfahren an sich in Deutschland noch einer neuen Kompositionierung und Disziplinierung bedürfte, dann könnte der hier im Bankgewerbe heraufziehende neue Skandal das bewirken. Die Öffentlichkeit, in deren Interesse angeblich diese Maßnahmen geplant sind, wird sich ebenso wie die Bankangestellten hiermit beschäftigen. Die bodenlose Heuchelei, die darin liegt, daß das deutsche Reichsarbeitsministerium auf der einen Seite für die Rationalisierung des Weltbanking Abkommens sich einsetzen soll, auf der anderen Seite in dieser widerwärtigen Weise vor dem reaktionärsten Unternehmerrstandpunkte gerade in der Arbeitszeitfrage Rotz macht, muß endlich aufgedeckt werden.

Die Verschleppungsstatistik der Reichsbahn-Gesellschaft.

In dem ewigen Schlingensiefel zwischen den Eisenbahnarbeitern und der Reichsbahn-Gesellschaft ist durch die schroff abklingende Haltung des Verwaltungsrats, der sich weigert, den für verbindlich erklärten Schiedspruch durchzuführen, plötzlich eine neue Verschärfung der Situation eingetreten. Am Sonnabend haben die Organisations der Eisenbahnarbeiter eine gemeinsame Tagung abgehalten, auf der beschlossen wurde, noch einmal an den Reichsarbeitsminister zu appellieren. Von dem Ergebnis dieses Schrittes sei dem Reichsarbeitsminister wird es abhängen, welche Entscheidungen die Organisations treffen werden, um die Einhaltung des Schiedspruches durch die Reichsbahn-Gesellschaft zu veranlassen.

Die von einem Teil der Presse veröffentlichte Meldung, daß ein Demonstrationstreif beschlossen sei, der in der kommenden Woche durchgeführt und voraussichtlich mehrere Stunden dauern werde, entspricht nicht den Tatsachen. Wenn aber die Reichsbahn-Gesellschaft die Dinge unter allen Umständen auf die Spitze treiben will, dann dürfte es bei Demonstrationen kaum sein Bemühen haben.

Die Streiklage in Warschau.

Warschau, 1. Februar. Der Streikstreik ist beendet. Da innerhalb sechs Tagen zwischen der Direktion der Telephon-Gesellschaft und den streikenden Telephonistinnen keine Verständigung erzielt werden konnte, ernannte die Regierung einen amtlichen Zwangsverwalter in der Person des ehemaligen Ministerialrats Wronowicz, zur Entscheidung der Streitpunkte tritt ein interministerielles Schiedsgericht zusammen. Daraus nahmen die Telephonistinnen am Mittwoch ihren Dienst wieder auf. Die Streikbanner haben beschlagnahmt, im Streit auszuhalten. Der „Robotnik“ meldet, daß unter Führung des Obersten Kommissars, eines christlichen Demokraten, ein großer Appell der nationalen Selbstwehr stattfand. Die in 26 Warschauer Stadtbezirken ihre „Fähnlein“ hat. Die technische Kommission hat ihr Eingreifen in dem Streikstreik angeboten.

Die belgischen Gewerkschaften gegen die Einwanderung landfremder Arbeiter.

Brüssel, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand in Brüssel ein außerordentlicher Gewerkschaftstagsrat statt, um die in verschiedenen belgischen Industriezweigen, ferner im Ackerbau, gegenwärtig bestehende Ausländerfrage zu regeln. Nach ausgiebiger Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die das Recht der Ausländer, in Belgien zu arbeiten, zwar im einzelnen verteidigt, jedoch eine inhumanitätvolle Ausländerfrage durch die Unternehmer, die auf diese Weise den Lohn drücken wollen, bekämpft. Außerdem verlangt die Resolution die Einsetzung einer paritätischen Kommission, die gegebenenfalls die im Interesse der Industrie als notwendig bezeichnete Arbeiterwanderung fördert. — Für die Aufnahme von ausländischen Arbeitern zu den belgischen Gewerkschaften sollen besondere Anstalten Sorge tragen, und wo die Zahl der ausländischen Arbeiter eine beträchtliche Abheilung in den Gewerkschaften bewirkt werden, um mit den ausländischen Gewerkschaftszentralen zwecks Anstellung fremdpraktischer Gewerkschaftsführer zu verhandeln.

Die Arbeitsverhältnisse auf den brasilianischen Kaffeepflanzungen.

Für die Zeit der Beschäftigung der deutschen Arbeitsverhältnisse aus allerlei Artigen Arbeiter angeworben werden, beschäftigt zwei von hundert Stellen ungenutzte Verträge.

Der erste hat einen ungewöhnlichen Jungarbeiter im Alter von 15 Jahren und ein solches. Die meisten Einwanderer

folgen nach ihrer Ankunft den Aufforderungen, auf die Kaffeepflanzungen zu kommen und geraten dort in außerordentlich schlimme Verhältnisse. Die Arbeit ist schwer und dauert 10 bis 12 Stunden am Tage. Im Lohn werden vier bis acht Mille pro Tag gezahlt; die Lohnzahlung erfolgt alle zwei Monate einmal, das allenthalben der allein stehende Arbeiter noch etwas von seinem Lohn zu empfangen hat, während der Arbeiter mit Familie seinen ganzen Lohn oder noch mehr für die Lebensmittel zu zahlen hat, die er während dieser Zeit von dem Pflanzungsbesitzer in Natura geliefert erhalten hat. Die Verpflegung besteht nur aus Bohnen, dann in Maisstücken (Polentas), auch Reis; aber Fleisch und Brot wenig. Viele Pflanzungsarbeiter erweisen sich gleich bei der ersten Lohnzahlung in Schulden verstrickt. Deren Lage ist geradezu verzweifelt. Sie versuchen ihre Schuld abzurufen und geraten nur immer tiefer in Schulden hinein. Die alleinige Rettung ist Flucht, wobei natürlich alle größere Habe zurückgelassen werden muß. Verfolgt werden die Flüchtlinge aber nicht. Die Staatsbehörden weigern sich, Beihilfen zu ihrer Erziehung zu leisten, da sie auf dem Standpunkt stehen, daß die Flüchtlinge ja für den Pflanzungsbesitzer gearbeitet und daher auch Anspruch auf Beförderung gehabt haben. Der Staatsüberwacher genügt hat, ist verpflichtet, ein Jahr lang in den Kaffeepflanzungen zu arbeiten. Diese werden dann in abgelegene Gebiete geschickt, von wo Flucht nur sehr schwer möglich ist, und werden außerdem ständig von Aufsehern überwacht.

Bei dem zweiten Bericht handelt es sich um eine an den Deutschen Konsul in Sao Paulo gerichtete Beschwerde, der wir die folgenden Sätze entnehmen: „Ich will bei dieser Gelegenheit unser Leben, die Behandlung seitens des Besitzers schildern, und mich in meinem und im Namen 20 anderer deutscher Familien bei Ihnen, Herr Konsul, beschweren. Die Warnungen in Deutschland haben uns nicht abgehalten, nach hier zu kommen, da wir annahmen, man will uns nur im Lande behalten. Arbeiten wollen wir, doch nicht dabei verhungern. Wir kommen nur, was wir momentan verdienen, das sind 12-14 Mille die Woche mit vier Mann ausgezahlt, und können davon nicht leben. Eine Frau ist uns schon gestorben und gestern beerdigt worden. Vorher ist zur Erde bekommen wir nicht. Zurück nach Sao Paulo will man uns nicht schicken. Die, die ihre Sachen zu verkaufen das Glück haben, gehen in Nacht und Nebel weg, die anderen??“

Der Beschwerdeführer teilt ferner mit, daß von der Leitung der Kaffeepflanzung sogar die an ihn gerichteten Briefe geöffnet und Geldsendungen unterschlagen werden. — Die Auffassung, daß Deutsche in den unmenslichen Zuständen der Kaffeepflanzungen auf keinen grünen Zweig kommen und allmählich körperlich und seelisch zugrunde gehen, wird nicht nur von den deutschen Auswanderungsbehörden vertreten, sondern auch von denen Deutsch-Oesterreichs und der Schweiz geteilt.

Gautonferenz der Landarbeiter.

Am Sonntag tagte im Gewerkschaftshaus die 1. Gautonferenz der Landarbeiter, die sehr gut besucht war, unter anderem auch von oberösterreichischen Delegierten. Nachdem Breslauer Arbeiterführer ein schon Kampfbild mehrmals zu Gehör gebracht hatten, nahm der Gauleiter Kollege Gröbauer das Wort. Er gedachte in seiner Begrüßungsansprache besonders der schweren Wirtschaftskrise, in der wir gegenwärtig stehen. Allein in der Landwirtschaft Schickens sind 15 000 Arbeitslose vorhanden. Die Arbeitsgeber sind drauf und dran, diese Kräfte für sich auszunutzen, indem sie sich die verbliebene Mühe geben, die Gewerkschaften zu gefährden, die Sozialgesetzgebung auszubauen usw. Leider haben die Kommunisten vor Jahren durch ihre verantwortungslose Wählerarbeit und Spaltungstaktik das ihrige dazu beigetragen, auch die Landarbeiterorganisationen zu schwächen, heute aber haben sie damit kein Glück mehr, da auch die Landarbeiter inzwischen eingesehen haben, daß die Kommunisten direkt oder indirekt nur den Arbeitgeberinteressen dienen und die der Arbeiter untergraben. Die können gekanntlichen Darbietungen von Breslauer Arbeiterführern sollen als Symbol dafür gelten, daß die gewerkschaftliche Industriearbeiterchaft mit den Profetarierern aus Wien und Feld zusammen marschieren, zusammen kämpfen muß! (Beifall.)

Geselle Bierlich vom Bezirksauskunft betonte ebenfalls die unbedingte Notwendigkeit eines solchen Zusammengehens von Stadt- und Landarbeitern und überbrachte Grüße des Bezirksauskunftes. Das Schlimme bei der jetzigen Krise ist, daß die Reaktion der breiten Massen nicht ausreicht. — Trotz aller kommunistischen Quittreibe, über die die Verbände sehr hinaus sind, sind die Kernzuppen erhalten geblieben. Gewisse Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung sind jetzt schon vorhanden. Aufzettelung läßt sich die Wirtschaft wohl am besten durch eine baldige Belebung des Bauwesens. Den Weltmarkt können wir uns nur durch Qualitätsarbeit wieder erobern. Der Staat muß gezwungen werden, den vollen Ertrag der Hausindustrie für das Bauwesen zu verwenden! Ein gutes Baujahr brachte bisher immer eine gute Getreidemenge. Auf diesem Wege gelangen wir dazu, die Sozialpolitik und die Wohlfahrtspflege zu emittieren. Es gibt Wege zur Belebung der Krise, aber noch haben wir nicht die Kraft, Hoffen und Handeln wir dementsprechend! Kollege Gröbauer gab sodann einen Rückblick auf die Lohabewegungen der letzten 2 1/2 Jahre an Hand von Lohnabstellen. Wie schon erwähnt, sind Kommunisten und Arbeitgeber Arm in Arm gegangen, um die Landarbeiterorganisationen zu gefährden. Ein Fortschritt ist teilweise durchgeführt worden, ohne daß die Landarbeiter es überhaupt merkten. Erstreut ist, daß in den letzten sechs Wochen fast 1000 Rekrutierungen von Mitgliedern gemacht werden konnten. Helft, daß es weiter vorwärts geht, der Verband ist euer Verband! Für Bekämpfung der Zwangsarbeit für Frauen, sowie Ehefrauen und Mütter in Frage kommen, müssen wir noch sehr kämpfen! Durch ein raffiniert ausgeführtes Lohnantrittssystem werden die Landarbeiterfrauen schamlos ausgebeutet, ja geradezu hingeschlachtet. Mit 45 Jahren ist demselben selten eine Frau noch ruffig. Ganz im Argen liegen vielfach noch die Wohnungsverhältnisse. Die Arbeiter- und Gemeindeväter sind in der Vorkriegszeit meistens ohne Grundmauer gebaut worden und beschrotet nach und nach. Boden und Keller sind selten zu finden. In kleinen Dörfern werden viele noch alte Familien untergebracht. Häufig steht nur eine einzige Treppe zur Verfügung. Auf Säeren und Stallungen wurde die Hauptarbeit gelegt. Die Wohnverhältnisse der Arbeiter waren nebensächlich. Der Tarifvertrag schreibt vor, daß die Wohnungen in einem Zustande sein sollen. Fertig genug finden wir in dem Wohnen die Güter. Essen und Trinken sind reichlich und billig. Von den Wänden triefelt das Wasser. Die wenigen Möbelstücke verderben. Hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden. Das kann nur geschehen, wenn die Arbeiterchaft ihrer Rechte wachsam ist. In manchen Orten hat zahlreiche Landarbeiter arbeitslos, während Polen den ganzen Winter über beschäftigt werden.

Der Schlichter Arbeitsverhandlung hat sich nicht gekümmert, bei der Reichsregierung Anträge gegen die Arbeiter zu beantragen. Unschlüssig sind wir ohne Tarif. Bevor wir nicht durch entsprechende Lohnanträge der Arbeitgeber unsere Stärke sichtbar machen, darf es wohl kaum gehen, einen uns benachteiligten Tarif zustande zu bringen. Darum auf zur Arbeit, auf zum Kampf! In der folgenden freien Ansprache teilte ein Delegierter aus Oberösterreich aus einem größeren Einfluß von Arbeiterkreisen in Österreich. Das oberösterreichische Profetariertraktat gewerkschaftliche Götter. Ein Delegierter aus der Gauarbeit. Er sprach sich für die Bekämpfung von Rand zu Rand auf den Arbeitsstellen. Ueberall dort, wo nichts organisiert ist, haben die Arbeitgeber, besetzt vor uns. Auch etwas mehr Kraft in unserer Bewegung kann nicht haben. Berücksichtigt wurden die Arbeiterkreise, dagegen gelese es anzuschließen. Ein Delegierter aus dem Kreis Kitzbühel erwähnte die „Bolschewick“ als wichtiges Mittel zur Bekämpfung sozialer Unzufriedenheit. Kollege Gröbauer gab in der Schlussrede einige beachtliche Ratschläge, daß die in der letzten Ansprache angebrachten Beschwerden, Wünsche und Anregungen ein Bewußtsein für die

Selbsterkenntnis der Arbeiter, daß nur sie selbst in erster Linie immer die Schuld daran tragen, wenn wenig oder gar keine Fortschritte zu verzeichnen sind. Es trat dann eine Mittagspause ein.

In der Nachmittags Sitzung hielt der verantwortliche Schriftleiter des „Landarbeiter“, A. W. S. N. I. aus Berlin, einen Vortrag speziell über den 4. Verbandstag des Deutschen Landarbeiterverbandes. Er besprach in großzügiger Weise im einzelnen die neuesten Aufgaben der Landarbeiterbewegung in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft sowie im Weinbau, und nahm auch Stellung zu der Frauen- und Kinderarbeit in Verbindung mit der Flucht aus der Landwirtschaft. Gegen 4 Uhr erreichte die anregend verlaufene Tagung ihren Abschluß.

Wirtschaft.

Vor einem deutschen 300-Millionen-Mark-Kredit für Rußland.

Nachdem im Oktober 1925 mit dem kurzfristigen Hundert-Millionen-Mark-Kredit, der zu 75 Prozent seitens der Deutschen Bank und der Reichs-Kredit-Gesellschaft, zu 25 Prozent seitens der deutschen Industrie- und Handelsfirmen eingeräumt wurde, der erste Versuch gemacht worden ist, das russische Geschäft in größerem Maßstabe zu finanzieren und dieser Kredit inzwischen zur Hälfte abgedeckt worden ist, stehen, wie der St. Petrus berichtet, jetzt Verhandlungen vor ihrem Abschluß, die eine langfristige Finanzierung des russischen Wiederaufbaues zum Zwecke haben. Es handelt sich um die Übernahme russischer Aufträge in Höhe von rund 300 Millionen Mark durch die deutsche Industrie, wobei die Finanzierung der Lieferungen der deutschen Firmen wiederum durch ein deutsches Bankkonsortium erfolgen soll. Das Interessanteste an dieser Transaktion ist, daß das Deutsche Reich eine Ausfallgarantie für diese Aufträge übernehmen soll. Maßgebend ist für das Reich bei diesen Verhandlungen vor allem der Gesichtspunkt der deutschen Industrie im der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage eine stärkere Beschäftigung zu sichern und dadurch der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Verhandlungen über die Ausfallgarantie des Reiches sind bereits weit vorgeschritten, haben jedoch die letzte Instanz noch nicht passiert. Die Kreditlinien für die einzelnen Lieferungen sollen vier Jahre nicht überschreiten. Wenn bereits in interessierten Kreisen einzelne große deutsche Industrieunternehmen genannt worden sind, über bestimmte russische Wirtschaftszweige, denen die Lieferungen nicht zugewandt waren, so ist dazu zu bemerken, daß in dieser Hinsicht noch keine Entscheidung gefallen ist. Es schweben zwischen deutschen Industriegruppen und der Berliner Sowjet-handelsvertretung eine ganze Reihe von Verhandlungen über umfangreiche Geschäfte, doch steht im einzelnen noch nicht fest, in welchem Ausmaß die verschiedenen Gruppen im Rahmen des 300-Millionen-Mark-Kredit Berücksichtigung finden werden.

Reizter Rückgang der Indexziffern.

Das Reichstatistische Amt teilt mit: „Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) ist nach dem Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar mit 139,8 gegenüber dem Vormonat (141,2) um 1,0 v. H. zurückgegangen. Die Ernährungskosten allein haben sich, trotz weiterer Anstiehs der Preise für Gemüse und auch Kartoffeln, infolge des — vor allem in der ersten Januarhälfte — stärkeren Sinkens der Preise für Milch und Mischgetreidemehl — und auch des Rückganges der Eierpreise um 2,1 v. H. erniedert. Die Wohnungsmiete hat im Januar gegenüber Dezember 1925 im Reichsdurchschnitt um 2 v. H. angezogen.“

Danach hat sich die schon im Monat Dezember 1925 zu beobachtende Senkung des Index fortgesetzt. Der Index steht heute ungefähr auf dem Stand vom Juni 1925 (Mai 135,5, Juni 138,3, Juli 143,3). In dieser Senkung wirkt sich weniger eine Preisbewegung als die Tatsache aus, daß nach der Krise der Preisindex erreicht ist, der insbesondere durch einen Rückgang des Preisniveaus gekennzeichnet wird. Deshalb ist der Rückgang des Index für die Beurteilung der Wirtschaftslage und für das Ausmaß der gegenwärtigen Wirtschaftskrise von größter Bedeutung.

Ein Vorschlag der englischen Arbeiterchaft zur Lösung der Kohlenkrise.

Die Kohlenkommission Englands wird demnächst die Entscheidung über die Lösung der englischen Kohlenkrise fällen. Ihr wurden sowohl von den Zechenbesitzern wie von Arbeiterseite Vorschläge unterbreitet. Die Zechenbesitzer sehen keinen anderen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise als eine Produktionsverteilung: 1. durch Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen und durch Kürzung der Akkordlöhne, 2. durch eine 20prozentige Ermäßigung der Eisenbahntarife, ebenfalls ermöglicht durch Herabsetzung der Eisenbahnlöhne, und 3. durch Herabsetzung der übrigen Produktionskosten um 10 Prozent. Es ist jedoch selbstverständlich, daß bei einer solchen Regelung der englische Kohlenbergbau in schlimmster Weise leidend nicht nur auf die gesamte Arbeiterchaft Großbritanniens, sondern auf alle übrigen Kohle produzierenden Länder wirken würde und der Konformitätsmaßstab um die Kohlenabgabegüter sich bei niedrigeren Preisen fortsetzen würde. Demgegenüber bedeutet der Vorschlag, den die Bergarbeitergewerkschaft, der Gewerkschaft der Gewerkschaften und die Exekutivkomitees der Arbeiterpartei und der Parlamentsfraktion gemeinsam unterbreiteten, eine grundlegende Umgestaltung der gesamten Kohlenindustrie: Beschäftigung, Verteilung und Ausfuhr sollen einheitlich einer öffentlichen Körperschaft übertragen werden, der „Kraft- und Transportkommission“. Diese soll verantwortlich sein für das gesamte Kraft- und Transportwesen Großbritanniens; das heißt die Kraft-erzeugungswerke und deren Ausbau ebenso wie der Ausbau des Transportnetzes sollen übernommen werden, die gesamte Industrie auf Verbesserungsfähigkeit hin geprüft werden. Diese Kommission soll aus sechs ständigen Mitgliedern, sämtlichen Sachverständigen und einem Vorsitzenden bestehen. Ein nationaler Kohlen- und Kraft-erzeugungsrat hat die inneren Angelegenheiten der Industrie zu prüfen. Er soll aus sechs Verwaltungs- und Exekutivbeamten und aus sechs Vertretern der Bergarbeiter und der Arbeiter in verwandten Industrien bestehen. Ihm sind zur Beratung unterstellt für die einzelnen Bezirke je ein Provinzialrat, der aus einem vom Generalkomitee der Bergarbeiter und aus sechs Vertretern der Arbeiter und der Beamten besteht. Jede Grube und jedes Kraftwerk sollen zur Beratung in Arbeits- und Produktionsfragen ein eigenes Komitee haben, bestehend aus drei leitenden Persönlichkeiten, zwei vom Provinzialrat ernannten Personen und vier Arbeitnehmervertretern. Ferner soll ein Konsumentenrat gebildet werden, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Kohlen- und Kraft-erzeugungsindustrie partizipativ vertreten sind.

Eröffnung der polnisch-russischen Handelskammer.

Gestern fand in Warschau die feierliche Eröffnung der neu errichteten polnisch-russischen Handelskammer statt. Der Minister a. D. Bonkowski und der russische Vertreter Moskow betonten in ihren Ansprachen die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit beider Völker auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet sowie in kultureller und wissenschaftlicher Beziehung. Das polnische Handelsministerium veranstaltete zu Ehren der russischen Gäste einen feierlichen Empfang. Am Abend gaben die industriellen polnischen Kreise ein Bankett.

Wird ständig für unsere Zeitung!

Die Sportbewegung (Berl. Red.) Die Handballspieler, die im Land an der Spitze, nun ebenfalls bedeutend mehr als das mächtige Deutsche Reich.

Der Ruder- und Kanusport im Deutschen Arbeiter-Turn- u. Sportbund.

Obwohl die Zahl der sporttreibenden Arbeiter in händigen Wachsen begriffen ist, gibt es immer noch einige Sportarten, die von den Arbeitern viel zu wenig beachtet werden. Dazu gehören Ruder- und Kanusport. Die Ursache liegt zum größten Teil darin, daß die Arbeiter und Kanufahrer örtlich gebunden sind und ein großer Teil der Arbeiterkraft dem Betrieb der Arbeiter-Turn- und Kanuvereine keine Kenntnis hat.

Westdeutsches Sportfest.

Über die Grenzen Westdeutschlands hinaus gerannt hat „Das Westdeutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest 1926“ vom 6. bis 8. August in Köln, besondere Bedeutung. Es ist nach der Frankfurter Diakonade das erste in großen Rahmen angelegte Arbeiter-Sportfest, also ein Meilenstein, was insbesonderen im deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfest organisatorisch und technisch hingewiesen wurde.

Fußball aus dem Reich.

Im Entscheidungsspiele der Kreisligen Fußballspielvereinigung um die Kreismeisterschaft von Südbayern erzielte der Fußballklub München, Meister des 1. Bezirks, gegen Turagergemeinde Augsburg, Meister des 2. Bezirks, einen überragend hohen Sieg von 8:0 Toren. Der Fußballklub München ist damit zum vierten Male Kreismeister für Südbayern.

Hannheim errichtet ein Stadion.

Die Stadt Mannheim plant für das laufende Jahr die Errichtung eines Stadions mit einem Kostenanschlag von 400.000 Mark. Dem Bau des Stadions ist der Spielplatz der Arbeiter-Turn- und Sportvereine gewidmet. Dafür wurde dem Arbeiter-Turn- und Sportfest von der Stadt anderes Gelände in der Nähe zur Verfügung gestellt.

Nach Amsterdam baut ein neues Stadion.

Der Amsterdamer Gemeinderat hat gegen die Stimmen der Kommunisten 29 von 66 Stimmen für den Bau eines neuen Stadions beschlossen. In dem im Jahre 1923 die Olympischen Spiele stattfanden.

Winterturn- und Sportfest in Oberweißbach.

Am 10. und 11. Februar fand der Arbeiter-Turn- und Sportbund in Oberweißbach im Ergebisse winterliche Turn- und Sportfest. Das Programm hat folgende Konkurrenz:

20-Kilometer-Langlauf; 9 Uhr vormittags; 10-Kilometer-Mannschafts-Langlauf; 9:30 Uhr vormittags; 10-Kilometer-Jugendlanglauf; 10 Uhr vormittags; 6-Kilometer-Jugendlanglauf; 10:30 Uhr vormittags; 6-Kilometer-Sportlerinnenlanglauf; 11 Uhr vormittags; 4-Kilometer-Jugendlanglauf (4 Mann); 11 Uhr vormittags; 4-Kilometer-Langlauf für Schüler; 1 Uhr nachmittags; 2500-Meter-Rodeln, Sportler-Sportlerinnen; 2:30 Uhr nachmittags; Hauptprüfung (Schön-Jungferngrund); 4 Uhr nachmittags; Jugendprüfung.

Sonntag, den 21. Februar, 8:30 Uhr vormittags: 20-Kilometer-Langlauf; 9 Uhr vormittags; 10-Kilometer-Mannschafts-Langlauf; 9:30 Uhr vormittags; 10-Kilometer-Jugendlanglauf; 10 Uhr vormittags; 6-Kilometer-Jugendlanglauf; 10:30 Uhr vormittags; 6-Kilometer-Sportlerinnenlanglauf; 11 Uhr vormittags; 4-Kilometer-Jugendlanglauf (4 Mann); 11 Uhr vormittags; 4-Kilometer-Langlauf für Schüler; 1 Uhr nachmittags; 2500-Meter-Rodeln, Sportler-Sportlerinnen; 2:30 Uhr nachmittags; Hauptprüfung (Schön-Jungferngrund); 4 Uhr nachmittags; Jugendprüfung.

Weitere Turn- und Sportfeste in der Weizpfalz und Bayern.

Das dritte Kreis-Turn- und Sportfest der westfälischen Arbeiterportler findet am 17., 18. und 19. Juli in Kallerslautern statt. Zu diesem Zweck wird ein besonderer Sportplatz in archaischer Weise ausgebaut werden.

Turnen.

Arbeiterwinterturn- und Sportfest in Schreiberhau.

Am vergangenen Sonntag fanden die Veranstaltungen des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Schreiberhau bei guter Schneelage statt. Für die Rodelwettkämpfe starteten über 50 Sportler, die in vier Klassen eingeteilt waren. Die Bahn war in gutem Zustande und wurden sehr günstige Zeiten erzielt.

Breslauer Hallenschwimmbad

Schwimmbad für Männer und Frauen. Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation. Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr.

2. Schlesisches Arbeiter-Turn- und Sportfest.

Trotz schwerer wirtschaftlicher Not rufen die Arbeiterportler von Görlitz im Verein mit der organisierten Arbeiterkraft für das 2. Schlesische Arbeiter-Turn- und Sportfest. Die allgemeine Hoffnung, daß bis zum 17. bis 19. Juli, eine Besserung der Wirtschaftslage eintreten muß.

1. Bezirk, 14. Kreis, Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Sonntag, den 21. Februar, vormittags 9 Uhr, Bezirks-Turnerinnen-Turnfeste in Breslau, Turnhalle, Brodaustraße. Der Turnklub ist bekannt. Von 9 bis 10 Uhr: Turnturnen zum Kreisturnfest. Von 10 bis 11 Uhr: Turnturnen der Pflichtübungen an Red. Barren und Pferd zum Kreisfest.

Arbeiter-Karrier für Sport und Körperpflege Breslau.

Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr, beginnt im Gewerkschaftscafé die Jahresversammlung des Sportkarrier. Wir erlauben sämtliche Karrierleiter der Arbeiterportvereine, vollständig und vollständig zu erscheinen.

Friedrich Gessner
Instrumentenbauer
Breslau I
Weidenstraße Nr. 20

Bezirksportturnerkunde des 1. Bezirks. Die Vereine werden nochmals auf die am 7. Februar in der Turnhalle Brodau Str. stattfindende Bezirksportturnerkunde aufmerksam gemacht. Das Programm enthält Reulenschwingen, Turnen der Kreisübungen, Übungen mit dem Medizinball und die Feststellungen zum Kreisfest. Die Halle ist zu erreichen vom Hauptbahnhof durch Umsteigen mit Linie 6 bis Christophorplatz und von dort mit Linie 5 bis Westkoppl. Von dort zwei Minuten bis zur Halle.

Freie Turnerschaft Breslau. Spiel- und Sportprogramm 1926. 18. April, 13. und 16. Mai: Faust- und Trampolball-Serienpiele für Männer, Jugend und Turnerinnen. 26. April und 2. Mai: Eröffnung der Leichtathletikliga mit Dreikampf im Volkshaus für Männer, Frauen, Schüler, Turnerinnen und Schülerinnen in den einzelnen Abteilungen der Abteilungsverbände.

Freie Turnerschaft, 5. Abteilung. Freitag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, wichtige Vorstandssitzung im Abteilungslokal, Dörmelstraße 8. Sämtliche Mitglieder unserer Abteilung werden aufgefordert, im Februar die noch im Besitz habenden Vereins-Sportplatzmarken an Turngenossen Max Kottke abzuliefern, und soweit verkauft, abzurednen.

Schwimmen.

Schwimmverein Weiden a. R. Jugendabteilung: Donnerstag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Sadi. Jugendheims Lichtbildvortrag von Schwimmgenossen Endel: „Großschwimmbad und Eisberge“. Kinderabteilung: Mittwoch, den 3. Februar, abends 7 1/2 Uhr, treffen sich alle Jungen und Mädchen an der Liebigstraße (Neue Gasse). Wir wollen von jetzt ab jeden Mittwoch in einer Turnhalle gemeinsam Baden und Spielen.

Athletik.

Kreistag des Arbeiter-Athletenbundes. Am 7. Februar, vormittags 9 Uhr, findet die Kreis-Generalversammlung mit Wahl des Gesamtvorstandes im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, statt. Es ist Pflicht eines jeden Kreisvereins, seine Delegierten hierzu zu entsenden.

Kampfabend des Sportklubs 92 Breslau. Der am Sonntag, den 20. Januar, in der Turnhalle Brunnenstraße abgehaltene Kampfabend brachte einen außerordentlichen Erfolg, wenn auch ein heftiger Regen der Arbeiterkraft wünschenswert gewesen.

Arbeiter-Athletenbund, Bezirk Breslau. Heute, 8. Februar, abends, bei Klante, Hochstraße 7, findet die Sitzung der Technischen Leitung sowie des erweiterten Bezirksvorstandes statt.

Sportverein 1927 (Germania). Unsere Monatsversammlung findet am 5. Februar, 8 Uhr abends, in unserem Vereinsheim bei Klante, Hochstraße 7, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich, da die Mannschaften an den kommenden Bezirksrennenkämpfen im Ringen und Gewichtheben aufgestellt werden.

Süd 1 - West 15:4. Die letzten Spiele hatten dem Süd große sportliche Ehre, aber auch finanziellen Ausfall gebracht, da die Spiele zugunsten des Bezirks gingen. Der Verein ersucht deshalb die West-Verpflichteten, um mit dieser ein Spiel auszutragen.

Süd 2 - Jugend und 2. Seniorenmannschaft konnten ebenfalls gegen die West gewinnen.

1921 1 - Silesia Riders 15:1 (4:0). 1921 2 - Silesia Riders 2:5 (1:0). Beide Vereine fanden sich am Sonntag, den 31. Januar, mit ihren beiden Mannschaften im Freundschaftsspiel gegenüber. 1921 konnte beide Spiele mit 5:1 zu seinen Gunsten entscheiden.

Süd 1 - West 15:4. Die letzten Spiele hatten dem Süd große sportliche Ehre, aber auch finanziellen Ausfall gebracht, da die Spiele zugunsten des Bezirks gingen. Der Verein ersucht deshalb die West-Verpflichteten, um mit dieser ein Spiel auszutragen.

Süd 2 - Jugend und 2. Seniorenmannschaft konnten ebenfalls gegen die West gewinnen.

1921 1 - Silesia Riders 15:1 (4:0). 1921 2 - Silesia Riders 2:5 (1:0). Beide Vereine fanden sich am Sonntag, den 31. Januar, mit ihren beiden Mannschaften im Freundschaftsspiel gegenüber.

Süd 1 - West 15:4. Die letzten Spiele hatten dem Süd große sportliche Ehre, aber auch finanziellen Ausfall gebracht, da die Spiele zugunsten des Bezirks gingen. Der Verein ersucht deshalb die West-Verpflichteten, um mit dieser ein Spiel auszutragen.

Süd 2 - Jugend und 2. Seniorenmannschaft konnten ebenfalls gegen die West gewinnen.

1921 1 - Silesia Riders 15:1 (4:0). 1921 2 - Silesia Riders 2:5 (1:0). Beide Vereine fanden sich am Sonntag, den 31. Januar, mit ihren beiden Mannschaften im Freundschaftsspiel gegenüber.

Süd 1 - West 15:4. Die letzten Spiele hatten dem Süd große sportliche Ehre, aber auch finanziellen Ausfall gebracht, da die Spiele zugunsten des Bezirks gingen. Der Verein ersucht deshalb die West-Verpflichteten, um mit dieser ein Spiel auszutragen.

Süd 2 - Jugend und 2. Seniorenmannschaft konnten ebenfalls gegen die West gewinnen.

1921 1 - Silesia Riders 15:1 (4:0). 1921 2 - Silesia Riders 2:5 (1:0). Beide Vereine fanden sich am Sonntag, den 31. Januar, mit ihren beiden Mannschaften im Freundschaftsspiel gegenüber.

Süd 1 - West 15:4. Die letzten Spiele hatten dem Süd große sportliche Ehre, aber auch finanziellen Ausfall gebracht, da die Spiele zugunsten des Bezirks gingen. Der Verein ersucht deshalb die West-Verpflichteten, um mit dieser ein Spiel auszutragen.

Süd 2 - Jugend und 2. Seniorenmannschaft konnten ebenfalls gegen die West gewinnen.